

Einzelpreis 15 000 Mr.

Bezugspreis monatlich:  
In der Geschäftsstelle 300.000 Mr. pol.  
Durch Zeitungsboten 320.000  
die Post 320.000  
Ausland 400.000  
Pro Woche 80.000  
Redaktion und Geschäftsstelle:  
Lodz, Petrikauer Straße Nr. 86.  
Telephon Nr. 6-86.  
Postcheckkonto 60.689.  
Gonore werden nur nach vorheriger  
Vereinbarung gezahlt. Unverlangt ein-  
geschickte Manuskripte werden nicht auf-  
bewahrt.

# Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Ersteinst mit Ausnahme der nach  
Sonntagen folgenden Tage frühmorgens  
Anzeigenpreise:  
Die 7-gesp. Millimeterzeile 3000 Mr. pol.  
Die 3-gesp. Reklamezeile (Millim.) 10000  
Eingeliefert im lokalen Teile 20000  
für Arbeitsstunden besondere Vergün-  
stigungen. Anzeigen an Sonn- und  
Feiertagen werden mit 25 Prozent be-  
rechnet. Auslandsinserate 50% Zuschlag.  
Bei Betriebsstörung durch höhere Ge-  
walt, Arbeitsniederlegung, Schließung  
der Zeitung oder Aussperrung hat der  
Bezieher keinen Anspruch auf Nach-  
lieferung der Zeitung oder Rückzahlung  
des Bezugspreises.

Nr. 128.

Lodz, Sonntag, den 20. Oktober 1923.

1. Jahrgang.

## Massen-Hausdurchsuchungen in Lodzer deutschen Organisa- tionen und bei deutschen Führern.

Gestern vormittag um 10 Uhr erschien der Unter-  
suchungsrichter für politische Angelegenheiten, Herr Dun-  
dowski, in Begleitung des Kommissars der Kriminal-  
polizei Herrn Meyer, des Oberkommissars der politi-  
schen Geheimpolizei Herrn Niebzielski sowie einiger  
Polizei- und Kriminalbeamten in der

Geschäftsstelle der deutschen Sejmabgeordneten  
und Stadtverordneten,

um eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Auf die Frage des  
in der Geschäftsstelle anwesenden Stadtverordneten S. Kul,  
in welcher Richtung hin die Revision vorgenommen werden  
sollte, wies der Herr Untersuchungsrichter eine Anordnung  
des Bromberger Bezirksgerichts vor, wonach  
eine Hausdurchsuchung in allen angeblich mit dem  
Deutschlandsbund zusammenhängenden oder  
ihm verwandten Organisationen vorgenommen  
werden soll. Auf die Aufforderung des Untersuchungsrich-  
ters hin erklärte Stadtverordneter Kul den Vertretern der  
Behörde die Einteilung der Zimmer der Geschäftsstelle:  
Arbeitszimmer der Sejmabgeordneten, Bi-  
bliothek der Deutschen Arbeitspartei Po-  
lens und Sitzungssaal des Bundes der Deut-  
schen Polens. Der Untersuchungsrichter erklärte hierauf,  
daß nur der „Bund der Deutschen Polens“  
interessiere, weswegen auf das Ehrenwort des Stadtver-  
ordneten Kul hin, daß in den ersten zwei Räumen  
nichts den „Bund“ Betreffendes befindet, nur der Sitzungs-  
saal revidiert wurde. Die Vertreter der Behörden ver-  
langten nach dem Sekretär des Bundes der Deutschen  
Polens, Herrn Stadtverordneten Weigelt, damit dieser  
den Schrank des Bundes öffne, da die Herren nur hierfür,  
wie sie erklärten, Interesse hätten. Da Herr Weigelt nicht  
aufgefunden werden konnte, wurde der Schrank mittels  
Nachschlüssels geöffnet und sämtliche darin enthaltenen  
Bücher und Papiere einer ganz gründlichen Prüfung un-  
terzogen. Die inzwischen angekommenen Sejmabgeordneten  
A. Uita und Aug. C. Ferbe machten die Herren auf  
die ungehörige Handlungsweise aufmerksam, da  
nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften eine Revision  
nur im Beisein des Besitzers, also in diesem Falle eines  
Vorstandsmitgliedes des „Bundes“ vorgenommen werden  
dürfte. Die Antwort war: „Interpellieren Sie  
im Sejm.“

Inzwischen war der Sekretär des Bundes, Herr  
Weigelt, erschienen; er mußte die Kassetten des Bundes  
öffnen, welche ebenfalls genau durchsucht wurde. Nach einer  
ständigen Hausdurchsuchung wurde fast das gesamte schriftliche  
Material des Bundes die Kassenschlüssel, die Mitgliedsliste  
sowie die Bundesabzeichen mit Beschlag belegt und  
mitgenommen. Das Material soll, wie erklärt wurde, in  
Lodz gesichtet und dann den Gerichtsbehörden in Bromberg  
zur Verfügung gestellt werden. Das mit der Tätigkeit des  
Bundes nicht zusammenhängende Material (Abrechnungen  
des Wahlkomitees) soll zurückgegeben werden.

Während der Hausdurchsuchung erschien der Erste Staats-  
anwalt des Lodzer Bezirksgerichts Herr Schmidt, der  
der Revision über eine Stunde lang beiwohnte.

Wie wir erfahren, wurde zur selben Stunde in den  
Räumen des

„Deutschen Schul- und Bildungsvereins“  
eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei man ebenfalls nach  
Beweisen einer staatsfeindlichen Haltung dieses Vereins  
suchte. Herrn Abg. Ferbe, der in diesem Verein von  
den Vertretern der Behörde die Angabe des Grundes for-  
derie, wurde ein Schreiben vorgelegt, in dem gesagt wird,  
daß in allen Organisationen und Vereinen, die im Ver-  
dacht stehen, dem „Deutschlandsbund“ nahestehen, Haus-  
durchsuchungen nach belästigendem Material vorgenommen werden  
sollen. Auch von hier wurden verschiedene bedeutungs-  
lose Schriftstücke mitgenommen.

Ebenfalls um dieselbe Zeit wurden Hausdurchsuchungen  
vorgenommen bei den

Vorstandsmitgliedern des „Bundes der  
Deutschen Polens“,

den Herren: Stadtverordneten Karl Weigelt, Robert  
Dietrich, Direktor W. Fischer, W. A. Janbrich  
sowie beim Stadtob. Otto Graf. Bei den genannten  
Herren wurden ebenfalls belanglose Schriftstücke beschlag-  
nommen.

Gestern Vormittag um 10½ Uhr erschien in  
den

Geschäftsräumen der „Freien Presse“

der Kommissar der Staatspolizei, Herr Solzki, in  
dessen Begleitung sich der Chef der Sicherheitspolizei  
der Wojewodschaft Lodz, Herr Dr. Raczynski,  
ein Polizei-Unterkommissar, drei Kriminalbeamte so-  
wie mehrere Polizisten befanden, und wies einen  
schriftlichen Befehl des Lodzer Polizeikommandos  
zur Vornahme einer Revision in den Geschäftsräumen  
der Verlagsgesellschaft „Libertas“ wegen „staats-  
feindlicher Tätigkeit“ vor.

Im Beisein von zwei zugerufenen Zeugen wurde  
eine Revision sämtlicher Räumlichkeiten des Ver-  
lages (Verwaltungszimmer, Redaktion, Geschäftsstelle,  
Druckerei) vorgenommen, wobei sämtliche vorgefun-  
denen Schriften einer eingehenden Prüfung unter-  
zogen wurden. Erst um 1½ Uhr nachmittags war  
die Revision beendet. Die Herren von der Polizei  
beschlagnahmen ein Protokollbuch der Gesellschaft  
„Libertas“, ein Heft mit Sitzungsprotokollen her-  
selben sowie Schriftstücke, die den „Bund der  
Deutschen Polens“ betrafen.

Gleichzeitig (von 10½—2 Uhr) fand eine  
eingehende Hausdurchsuchung bei dem

Hauptschriftleiter der „Freien Presse“

Herrn Adolf Kargel, statt. Die Revision erstreckte  
sich sogar auf die Betten, Koffer, Kleider- und  
Wäschechränke, das Sopha, ja selbst auf den Kohlen-  
stall! Es wurde selbstverständlich nichts gefunden.

Die gestrigen Revisionen stellen ein weiteres Glied  
in der Kette der Verfolgungen der deutschen Organisa-  
tionen und deren Führer dar, die in der letzten Zeit sich  
ganz besonders häuften. Wir protestieren ganz entschieden  
gegen solche Vergewaltigung der in einem zivilisierten  
Staate selbstverständlichen bürgerlichen Freiheiten  
und fordern unsere gesetzlichen Vertreter im Sejm  
auf, gegen die durch nichts begründete Ver-  
folgung pflichttreuer Bürger Polens an zu-  
ständiger Stelle ganz energischen Einspruch zu erheben,  
daß endlich auch deutschen Bürgern Polens gestattet  
wird, in diesem Lande ruhig und ungestört zu leben.

Bemberg, 18. Oktober. (A. M.) Die Bemberger  
Polizei hat in der deutschen Kolonie in Bemberg  
zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Revi-  
sionen dauern weiter an.

### Deutsche Parlamentarier in Lodz.

Die vorpestern um 8 Uhr abends im Saale Konstan-  
tiner Straße 4 von der Bürgerlichen Deutschen Partei ver-  
anstaltete Berichterstattungsversammlung war so gut besucht,  
daß der Saal bis auf den letzten Platz besetzt war.

Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden der Deut-  
schen Bürgerlichen Partei, Herrn Albert Biegler, mit  
einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet, worauf Herr  
Sejmabgeordneter Herr

Domherr Klinka-Posen  
das Wort erteilt wurde. Der Redner führte ungefähr  
folgendes aus: Mit der Übernahme der Regierung durch  
Witos ist die Lage der Deutschen in Polen noch uner-  
träglich geworden. Überall draußen sich die Behörden,  
besonders die unteren Organe, Mißgriffe, die gelinde ge-  
agt, reine Willkürakte darstellen. Die Entzie-  
hung der deutschen Güter sowie die Vertrei-  
bung der Deutschen schreitet trotz des Haager Ur-  
teils und des Senats Beschlusses weiter fort. Die Inter-  
pellationen der deutschen Sejmfraktion werden kaum einer  
Antwort gewürdigt. Es ist vorzuziehen, daß Abgeordnete,

die in besonders trassen Fällen bei den Ortsbehörden zu  
intervenieren versuchten, von diesen gar nicht empfangen  
wurden. Solch eine Mißachtung lassen sich nicht einmal  
Minister zuschulden kommen. Es ist deshalb nicht verwun-  
derlich, daß ein Land, in dem Rechtlosigkeit und Willkür  
herrschen, nicht das Vertrauen des Auslandes besitzt, was  
besonders in der Beurteilung der Kreditfähigkeit Polens  
durch ausländische Wirtschaftskreise zum Ausdruck kommt.  
Polen hat bisher nicht vermocht, wenigstens einen ein-  
zigen Nachbar zu finden, mit dem es in freundschaftlichen  
Beziehungen stehen könnte. Die Reise des österreichischen  
Bundeskanzlers Dr. Seipel hat in Warschau einen gün-  
stigen Eindruck hinterlassen. Was nützen aber die durch  
Reisen der Staatsoberhäupte betundenen Freundschaftsge-  
fühle, wenn sich die durch sie vertretenen Völker nicht  
näher treten. Das Verhältnis zu Rumänien hat auch  
eine Trübung erfahren. Die Tschechoslowakei hat  
Polen in der internationalen Politik den Rang abgelassen.  
Statt des polnischen Vertreters Stirnmut ist dessen Rivale,  
der Tschechoslowake Dr. Benesch, in den Völkerbund ge-  
wählt worden. Wie das Verhältnis zu Rußland ist,  
ist zur Genüge bekannt. Die polnische Auslandspolitik hat  
in der letzten Zeit eine Reihe schwerer Niederlagen erlitten,  
die dazu angehen, unsere Regierung endlich zur Bestim-  
mung zu bringen. Weiter gibt sie jedoch diese Niederlagen  
als glänzende Siege der polnischen Auslandspolitik aus.

Wollen wir hoffen, daß sich bei unserer Regierung  
eine bessere Einsicht Bahn bricht, die dem polnischen Staat  
und seinen Bürgern nur zum Wohle gereichen würde.

Domherr Klinka schloß seine mit großer Begei-  
sterung aufgenommene Rede mit einem warmen Appell  
an alle Deutschen, nicht feige zu sein, sondern mutig für  
ihre Deutschheit einzutreten, denn dann werden sie in Polen  
auch die Stellung einnehmen, die ihnen als gleichbe-  
rechtigten Bürgern des polnischen Staates gebührt.

Sejmabgeordneter Spidemann  
referierte über das Mieterschutzgesetz und die  
herrschende Wohnungsnot. Der Gesetzgeber hatte bei der  
Schaffung des Mieterschutzes die Absicht, ein Gesetz zu  
schaffen, das den Hausbesitzer und den Mieter vor der  
Ausbeutung schützt und die Wohnungsnot beendet. Heute  
ist das Gesetz jedoch eine Handhabe für die Mieter gewor-  
den, um den Haus- und Grundbesitz auszuhebeln und zu  
vernichten. Die von der Regierung eingebrachte Vorlage  
kann nur als ein vorübergehendes Notgesetz  
angesehen werden.

Die überzeugenden Ausführungen des Herrn Abg.  
Spidemann wurden ebenfalls mit großem Beifall auf-  
genommen.

Nach Herrn Sejmabgeordneten Spidemann ergriff

Sejmabgeordneter Franz  
das Wort, der in ergreifender Weise die Not der  
deutschen Bevölkerung in Oberschle-  
sien schilderte. Auch er forderte die deutsche Bevölkerung  
zum engen Zusammenschluß auf. Die Deutschen von  
einem Ende des Landes sollen sich mit denen vom anderen  
im festen Händedruck zusammenschließen. Keine Macht  
wird dann imstande sein, diesen Händedruck zu sprengen.  
Das Schlußwort hatte

Domherr Klinka,  
der seine Freude über das zahlreiche Erscheinen der Zuhö-  
rer zum Ausdruck brachte. Er versprach, bald wieder  
nach Lodz zu kommen. In gegenseitiger Aussprache sollen  
die Deutschen aller Teildiete sich näher kennen lernen.

### Das Wichtigste im Blatt:

Offizieller Dollarkurs = 1,135,000 poln. Mark.  
Massenhausdurchsuchungen in Lodzer deutschen Organisationen  
und bei deutschen Führern.  
Deutsche Parlamentarier in Lodz.  
Warum wir gegen die Witosregierung stimmen. (Beit-  
artikel).  
Sowjetrussische Vorbereitungen.  
Zusphigung der Lage in Deutschland.  
Der Ministerbesuch in Lodz.



## Warum wir gegen die Witos-Regierung stimmen.

Im Bericht über die Sejm-Sitzung vom 17. Oktober, die über das Sein oder Nichtsein des Kabinetts der „einpolnischen Mehrheit“ entschied, berichteten wir bereits kurz über die Ausführungen des Abg. Ulla, worin dieser im Namen der Deutschen Vereinigung in Sejm und Senat der Witos-Regierung das Vertrauen ab sprach.

Nunmehr liegt diese Rede im vollständigen Wortlaut vor. Abg. Ulla führte danach zu den Erklärungen des Ministerpräsidenten Witos und des Finanzministers Kurowski folgendes an:

### Hohes Haus!

Im Augenblick der Uebnahme der Regierungsgewalt in Polen durch das gegenwärtige Kabinett der polnischen Mehrheit, der Mehrheit, welche, wie der durch sie geschlossene Pakt bezeugt, in erster Reihe zum Kampf mit den nationalen und religiösen Minderheiten

im Staate gebildet wurde, waren wir uns über das Kommando klar. Ihre führenden Blätter, die Neben ihrer offiziellen Vertreter und ihre Tätigkeit im Sejm haben es wiederholt bewiesen, daß sie sich mit den Grundsätzen der tatsächlichen Gleichberechtigung aller Bürger des polnischen Staates nicht einverstanden erklären wollen und eine Abänderung der Bestimmungen der Konstitution und der internationalen Verträge, die den nationalen Minderheiten die Freiheit der Pflege ihrer völkischen Eigentümlichkeiten und der Sprache garantieren, anstreben.

Wir haben uns auch nicht einen Augenblick der Täuschung hingeben, daß diese Regierung Ruhe und Ordnung einzuführen, alle schaffenden Kräfte zur Rettung unserer wirtschaftlich-finanziellen Verhältnisse zu vereinen und die Autorität und das Ansehen unseres Staates im Ausland zu heben, imstande sein wird. Dieses würde unzweifelhaft auf die Bewertung unserer Mark Einfluß ausgeübt und ein erfolgreiches Bekämpfen der Inflation zur Folge gehabt haben.

Die gegenwärtige Regierung verteidigt ausschließlich die Interessen dieser Kreise, die sie repräsentiert. Große Kredite, die den polnischen Industriellen erteilt werden — ich sage polnischen, weil in Lodz und Pilsn hunderttausend Industriellen, die den Mut haben, sich zur deutschen Nationalität zu bekennen, entweder gar keine oder ganz geringe Kredite erteilt werden... (Zuruf: „Sie sind schlecht informiert.“) Im Gegenteil, ich bin sehr gut informiert. — Diese Kredite werden zur Unterstützung der Industrie erteilt, damit den Arbeitermassen Verdienstmöglichkeiten geschaffen werden, sie fließen aber in die Taschen der sich immer mehr bereichernden Industriellen und das arbeitende Volk leidet weiter Hunger und Elend. Der Staat erleidet dabei große Verluste. Aber nicht nur die Industriellen, sondern auch die polnischen Großgrundbesitzer erhalten ebenfalls Kredite aus der Staatskasse, Kredite, die durch nichts begründet sind. Solche Kredite erhalten z. B. die reichen landwirtschaftlichen Syndikate. Und sind Fälle bekannt, daß die Großgrundbesitzer der jetzigen Regierungsmehrheit und ihre Parteikollegen große Kredite zum Einkauf von künftigen Dingen erhalten, um ihre angekauften Getreidevorräte weiter aufbewahren zu können, bis die Preise gestiegen sind, und dann erst zahlen sie dem Staatsschatz die entwertete Mark zurück.

Die großen Massen der Staatsangestellten leiden große Not und Hunger und befinden sich an der Grenze der Verzweiflung. Bei solchen Verhältnissen kann von einer gewissenhaften und erfolgreichen Arbeit keine Rede sein. Die so oft angeforderte Verringerung der Zahl der Staatsbeamten wird nicht planmäßig und rationell durchgeführt, unter ihrer Maske aber werden nur diejenigen Beamten entfernt, die die chauvinistische Ansichten der regierenden Parteien nicht teilen. (Eine Stimme auf der Rechten: Beweise!) Ich habe viel Beweise. Ein großer Teil der Bevölkerung hat das Vertrauen zu der jetzigen Regierung vollständig verloren, darum ist die große Erbitterung, Unruhe und Unsicherheit begreiflich, die sich oft in Panik und allgemeines Chaos verandert. Der Klassen-Bekanntheit und Klassenhaß, der strafflos durch die Regierungsparteien und ihre chauvinistischen Organisationen gefördert wird, die Nachsichtigkeit der Regierung den Beamten gegenüber, die sich unerhörte Willkür und Rechtsbrüche den deutschen Institutionen, Organisationen und Personen gegenüber erlauben oder ihre Pflichten vernachlässigen, verursachen eine Korruption der Beamten und sogar ganzer Kreise und

treiben die Massen zur Verzweiflung und Aufgabe des Glaubens an eine Rechtsordnung im Staate.

Das sind die wichtigsten Ursachen der überaus traurigen Zustände, in denen wir uns nach 4½ Monaten des Regierens der jetzigen Sejm-Mehrheit befinden.

Indem ich zu den Bemerkungen des Herrn Ministerpräsidenten übergehe, die die

völkischen und religiösen Minderheiten in Polen betreffen, muß ich von vornherein feststellen, daß sie ungerecht und durch nichts begründet sind. Nach unserer Überzeugung sind sie eine natürliche Folge der Festsetzung und des Verhältnisses einzelner Regierungsparteien den Minderheiten gegenüber, wie ich sie schon vorher bezeichnet habe. Der Herr Ministerpräsident behauptete, daß das Auftreten der vermeintlichen Vertreter der Min-



17. Ausstellungstag

# Persischer Teppiche

Für kurze Zeit in Warschau.

Besichtigung verpflichtet nicht zum Kauf.

Marszalkowska 81 b., Ecke Hoza.

8127

verhalten verdient, verurteilt zu werden. Ich muß es dahin richtigstellen, daß dies Vertreter der aus Polen ausgewiesenen polnischen Bürger waren, die dafür, daß sie zu den Minderheiten gehörten, ihr Hab und Gut, ihre ganze Existenzmöglichkeit und ihre Heimat verloren haben und in der Fremde in großer Not herumtrotten. Wir haben die Regierung wiederholt darauf aufmerksam gemacht, sie solle diese Leute durch das himmelschreiende Unrecht, welches ihnen zugefügt wurde, nicht zur Verzweiflung treiben, aber unsere Stimmen verhallten immer ungehört.

Daran, was in Genf geschah, ist, sind nicht die Minderheiten in Polen, sondern einzig und allein die

rückständigste chauvinistische Politik, die diesen Leuten gegenüber angewandt wurde, schäblich. Weiter behauptet der Ministerpräsident, daß die Minderheiten in Polen sich der vollen konstitutionellen Rechte und des Schutzes der Regierung erfreuen. Sehen wir uns diesen Schutz näher an: Unter der öffentlich ausgesprochenen Lösung der Entdeutschung des Landes ganz willkürlich und — wie lehens durch das höchste Gericht im Haag und im Völkerbundrat in Genf festgestellt wurde — ungesetzlich wird der heulende Bevölkerung das polnische Staatsbürgerrecht abgeprochen; einer ganzen Reihe polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität wurde ihr Hab und Gut und jegliche Existenzmöglichkeit genommen. Die Staatsangestellten, Kommunalbeamten, Lehrer und Ärzte deutscher Nationalität werden von ihren Stellungen entfernt, deutsche, völkische, kulturelle wirtschaftliche und wohlthätige Organisationen in den Wojewodschaften Posen, Pommerellen, sowie auch in Ostgalizien ohne Grund geschloffen oder in ihrer Tätigkeit behindert. (Stimmen auf der Rechten: „Und was war in Konig?“) Der Prozeß in Konig ist noch nicht beendet! Warum waren aber die Verhandlungen geheim, warum wurde die Presse und soar der Vertreter unseres Klubs zu den Verhandlungen nicht zugelassen? Wir fordern eben öffentliche Verhandlung und Aufklärung dieser Angelegenheit. Warum denn diese Geheimnistuerei? Wenn sich jemand wirklich vergangen hat, so denken wir nicht daran, ihn zu verteidigen. (Lärm auf der Rechten.)

Auf alle unsere Interpellationen und Interventionen in dieser Angelegenheit, in denen wir die Ausführung von Fakten, auf die sich die Regierung stütze, verlangen, erhalten wir keine konkreten und begründeten Antworten.

Das Ministerium des Innern hat keine entsprechende Untersuchung durchgeführt, und die Antwort in der Angelegenheit der Auflösung des Deutschthumsbundes stützt es auf die ihm von den untergeordneten Behörden angegebenen, vollständig unwarren und verdrehten Berichte. Für ansehnliche Vergehen einzelner Personen, die mit der Tätigkeit des Bundes nichts Gemeinsames haben wird die ganze Organisation verantwortlich gemacht und der Herr Minister des Innern ist sogar so weit gegangen, daß er öffentlich gegen ein Mitglied des Bundes, Pastor Willigmann eine ungerechte Anklage

angekündigt hat, für welche dieser in einem offenen Prozesse Herrn Seyda zur gerichtlichen Verantwortung heranzuziehen ankündet. Eine ganze Reihe völlig unbegründeter Hausdurchsuchungen in Privatwohnungen und Lokalen der deutschen Vereine wurde unter Misachtung der in dieser Angelegenheit veröffentlichten Vorschriften ganz willkürlich durchgeführt. Offenbar haben diese Hausdurchsuchungen die Einschüchterung und Terrorisierung der deutschen Bevölkerung zum Ziele, damit sie sich am öffentlichen und politischen Leben gar nicht beteiligen.

Im Polnischen und Pommerellen ist die Polizei sogar soweit gegangen, daß sie

### Hausdurchsuchungen in den Büroräumen der Abgeordneten

in deren Abwesenheit durchgeführt und Akten beschlagnahmt hat. Diese antikonstitutionelle Handlungsweise der Polizei ist bisher ganz strafflos geblieben; wenigstens bis jetzt wurde nichts unternommen, daß die Schuldigen bestraft werden.

In Ostgalizien besteht eine Organisation der Aufständischen, deren gut organisierte Stoßtrupps zahllose deutsche Bürger überfallen (Lärm auf der Rechten. Stimmen: „Wo war das?“) — Die Wahrheit werden Sie nicht übersehen. In Rattowik, Königshütte und vielen anderen Ortschaften!! (Abg. Piotrowski: „Die Deutschen gehen auf den Straßen und sprechen, was ihnen beliebt.“) Wenn jemand auf der Straße deutsch spricht, so wird er dafür mißhandelt! (Lärm. Abg. Ossowski: „So war es früher.“) Diese Stoßtrupps schänden und verwunden die deutsche Bevölkerung, sprengen ihre legal einberufenen Versammlungen, Vergnügungen und Theaterveranstaltungen. Die Regierung hat bis jetzt weder den guten Willen, noch die nötige Festigkeit gezeigt, um diesem Terror und diesen Gewalttaten ein Ende zu machen. (Abg. Piotrowski: „In Polen gehen sie und schreien auf den Straßen.“) Fragen Sie ihre Kollegen aus Schlesien, und die werden es bestätigen, daß das Gesagte wahr ist. In dem von der Regierung bearbeiteten Gesetz über die Pargellierung und das Aufstellungswesen wird gegen friedliche Bürger eine

Politik der Rache und der Wiedervergeltung für die Kolonisationspolitik der preussischen Regierung betrieben. In diesem Gesetz sind Abschnitte, die die Enteignung der Grundbesitzer deutscher Nationalität zum Ziele haben. Auf Kosten dieser Bürger wird beabsichtigt, die Wünsche der Kleinbauern und Landlosen auf Zuteilung von Land zu erfüllen, und die Güter der Großgrundbesitzer sowie ihrer Parteikollegen aus der gegenwärtigen polnischen Mehrheit zu schmelzen. Das ist der eigentliche Zweck des Entwurfs und der Aufhebung gegen die friedlichen Kolonisten. (Stimmen: „Der Wagen des Dragnala! Brecher Schultze!“ Große Unruhe.) Wesschen hat hiermit nichts zu tun. (Stimmen: „Aber der Wagen des Dragnala gehört hierher.“) Genuß dieser Gesetze gegen Besitzer und Grundeigentümer deutscher Nationalität, sowie auch des Gesetzes über die deutsche Gefahr im Westen! Und tatsächlich wird dieser „Patriotismus“ und diese Arbeit sehr reichlich belohnt, da sogar Nichtlandwirte oft



umsonst die Ausstellungen deutscher Kolonisten und die deutschen Liquidationsgüter erhalten, wodurch dem Staate und polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität unermessliche Schäden entstehen.

Meine Herren! am Anfang der Grundstücke der Kolonisten und der Liquidationsobjekte werden Rechte bis zu Milliarden Mark auf 30 Jahre und mehr zu 6 Proz. erteilt.

Das ist fürwahr herausgeworfenes Geld und eine Ausbeutung der Staatskasse.

Natürlich diejenigen, die für ihre chauvinistische Arbeit so reichlich beschenkt werden, können ihre Gehaltsscheine gegen die Deutschen weiter führen, da dieselbe gut belohnt wird. (Stimme: „Und was zahlten die deutschen Kolonisten dafür?“) Alles zahlten sie: Langjährige Arbeit und ihr ganzes Vermögen haben sie hineingelegt, und heute werft man sie auf die Straße und beraubt sie aller ihrer Existenzmittel.

(Stimme: „Sie glauben es selbst nicht, was Sie reden.“) Ich glaube es wohl. (Abg. Kowalski: „Die deutschen Kolonisten, das ist eine Schmach vor der ganzen Welt.“) Sie können Forderungen gegen die preussische Regierung haben, aber nicht gegen diese unschuldigen Leute, an denen Sie jetzt Ihre Wut kühlen. (Lärm auf der Rechten und Rufe: „Warum haben Sie dieses damals nicht gesagt?“) Dieser Meinung war ich damals auch und habe es offen ausgesprochen.

Am empfindlichsten und schmerzlichsten ist die Angelegenheit unseres Schulwesens. Auf diesem Gebiete haben die Worte des Ministerpräsidenten über die Forderung der Regierung so, als ob er sich über uns und das hohe Haus lustig machen wollte. (Lärm auf der Rechten.) Die Konstitution und die gesetzlichen Vorschriften der Republik lauten, daß den Eltern das Recht der Entscheidung über die Muttersprache ihrer Kinder und den Unterricht ihrer Kinder in ihrer Sprache zusteht. Inzwischen werden Hunderte von Schulen mit deutscher Unterrichtssprache sowohl staatliche wie auch Privatschulen entgegen dem ausdrücklichen Willen der Eltern geschlossen.

oder in Schulen mit polnischer Unterrichtssprache umgewandelt. Tausende von deutschen Kindern werden gezwungen, entgegen den bestehenden Vorschriften Unterricht in polnischer Sprache zu empfangen. Den deutschen Schülern werden entgegen den deutschen Vorschriften Schulhäuser, Grundstücke und Einrichtungen fortgenommen. Besonders bemerkenswert ist dabei, daß sich das Ministerium in seinen Antworten auf die Anfragen der Abgeordneten nicht auf die Gesetze und Verordnungen des polnischen Staates, sondern auf eine alte Entscheidung des russischen Senats beruft. Solche Zustände herrschen bei uns!!

Im Laufe der letzten 4 Jahre fordern wir leider immer noch ohne Erfolg ein Schulgesetz, klare Vorschriften und endgültige Regelung dieser äußerst wichtigen Angelegenheit. Alle unsere berechtigten Forderungen wurden bis jetzt trotz der vielen Versprechungen nicht berücksichtigt.

Art. 120 unserer Konstitution lautet, daß jedem Kinde bis zum 18. Lebensjahre der Religionsunterricht in der Schule gewährt werden muß. Inzwischen werden evangelische Kinder unter die einzelnen katholischen Klassen und Schulen zerstreut, wo sie keinen evangelischen Religionsunterricht erhalten, und es sind uns Fälle bekannt, daß diese Kinder zur Teilnahme am katholischen Religionsunterricht gezwungen

worden sind. (Stimme: „Gegen Sie aus Beweise vor.“) Ich habe schon etliche Male das hohe Haus um die Annahme der Dringlichkeit unserer Schulanträge gebeten und versprochen, auf der Kommissionssitzung die Beweise vorzulegen. Sie, meine Herren, haben aber die Dringlichkeit abgelehnt, und wollen diese Beweise nicht sehen.

Im Monat April hat die konstituierende Synode der evang.-anglikanischen Kirche ein Gesetzesprojekt über das Verhältnis der Kirche zum Staat angenommen. Dieses Gesetz wurde dem Ministerium vorgelegt. Das Ministerium aber, beschäftigt, wie wir aus der Rede des Ministerpräsidenten ersehen, ein Gesetz über das Verhältnis der evang. Kirchen und der Orthodoxen Kirche zum Staat dem Sejm vorzulegen, und irgend etwas vom Gesetz über das Verhältnis der evang.-anglikanischen Kirche zum Staat wurde nicht erwähnt. Auf dieses Gesetz muß ich im Besonderen das Ministerium aufmerksam machen und fordern, daß es möglichst bald dem Sejm zur Annahme vorzulegen.

Der Vorwurf, daß die Minderheiten das Ansehen des Staates im Ausland herabsetzen, ist ein neuer Beweis der „Fäulnis der Regierung“. (Lärm aus den Reihen der Nationaldemokraten: „Und wer hat den Aufruf in Genf erlassen?“) Sie müssen es wissen! (Stimme: „Ich weiß es nicht.“) Es ist sehr traurig, daß Sie so wenig wissen und so viel reden! Alle Versuche von unserer Seite, mit der Regierung eine Verständigung zu erzielen, jeder gute Wille von unserer Seite, alle Bemühungen, die strittigen Fragen auszuklären, Fragen, von deren Lösung das Schicksal Hunderte polnischer Staatsbürger abhängt, bleiben stets unberücksichtigt, im Gegenteil, die ganze chauvinistische Presse und die Regierungsparteien bemühen sich unaufhörlich, uns und die polnische Bevölkerung einzureden, daß wir Feinde des Staates sind und in dieser Vor-

aussetzung wird jeder gute Wille unsererseits von vornherein zurückgewiesen. — Es wäre Selbstmord, wenn wir freiwillig zulassen würden, daß man unsere Leute ohne rechtliche Grundlage aus ihren Besitzungen entfernt und sie hinter die grüne Grenze bringt. Trotz unseres guten Willens und des Bestrebens, die Fragen auf dem Wege der Verständigung zu lösen, tut die Regierung nichts und nimmt diese Leute nicht in Schutz. Als noch allen diesen Vorfällen die Organisation der Betroffenen auf vollständig legalen und rechtlichen Wege nach vorheriger Benachrichtigung der polnischen Regierung sich an die maßgebenden Stellen in Genf wandte, damit diese in der strittigen Sache ihr Urteil abgeben sollten, wurde das als Staatsverrat und Verleumdung des polnischen Staates angesehen. Es bereitet uns kein Vergnügen, die maßgebenden internationalen Stellen anzurufen; wir wären vielmehr sehr glücklich, wenn unsere Regierung endlich diese brennenden Fragen entscheiden und diese zu irgend einer Verständigung führen wollte, damit wir eben vor das internationale Forum nicht zu treten brauchen.

Merkwürdig und unverständlich ist für mich das Auftreten des Vertreters der Nationalen Arbeiterpartei. Seine Erklärung war nicht vereinbar mit dem Standpunkte, den f. B. diese Fraktion in Sachen der Minderheiten vertritt. Wenn Herr Chadyński behauptet, daß der Arbeiter oder Bauwirt deutscher Nationalität privilegiert werden, so will ich darauf antworten, daß bisher noch kein Versuch gemacht worden ist, einen nationalen-polnischen Bauwirt oder Arbeiter seines Besitzes zu berauben und ihn über die Grenze zu schaffen, was täglich mit deutschen Bauwirten und deutschen Arbeitern geschieht. (Stimmen auf der Rechten: „Es wirt sie niemand hinaus.“) Was geschieht aber in Deutsch-Oberschlesien? Und der Wagon des Dynamita? Verschiedene Juristen, Bärn. Da ich in Polen aufgewachsen bin, kenne ich die in Polen herrschenden Verhältnisse genau und weiß, wohin diese chauvinistische Politik führen muß; deshalb trete ich auch so energisch gegen diese Politik auf. Die deutschen Bürger Polens, welche alles für diesen Staat opfern, sind durch diese chauvinistische Politik verärgert und verlieren das Vertrauen zum Staat.

Wenn die Regierung trotz des einstimmigen Urteils der beiden unparteiischen und sachmännischen Instanzen: des höchsten internationalen Schiedsgerichts in Haag und des Völkerbundes weiterhin bei ihrer Interpretation des Friedensvertrages verharret, einer Interpretation, von welcher das Internationale Schiedsgericht behauptete, sie stände im Widerspruch mit dem Wortlaut dieser Bestimmungen, welche die polnische Regierung a. B. als für sie verbindlich unterschrieben hat, so stellt sie sich damit außerhalb des Völkerbundes.

Sich auf Mutmaßungen stützen, welche im Vertrag vom 18. Juni 1919 nicht vorgesehen sind, heißt einen Vertrag nicht auslegen, sondern beliebig einen neuen Vertrag schaffen. Wenn trotz der einstimmigen Entscheidung der Mächte, mit denen Polen diesen Vertrag geschlossen hat, die Regierung weiter sich auf ihre Behauptung verleiht, wenn damit der Völkerbund geschmährt wird, so wird gerade dadurch

Polen in ein schlechtes Licht gesetzt und sein Ansehen herabgewürdigt.

Die von Chauvinismus und Willkür getragene Entschuldigspolitik gegen 1/3 polnischer Bürger muß von allen Kulturvölkern der Erde verdammt werden.

Der anerkannte Aufruf der Regierung, der am vergangenen Sonnabend an die Bevölkerung wegen der traurigen und tief erschütternden Katastrophe in der Zitadelle Warschans erlassen wurde, ein Aufruf, der das Ergebnis der Untersuchung überträgt, jagt, daß die Zeit der endgültigen Abrechnung mit den Feinden herangekommen ist, die er doch nicht den Mut hat, näher zu bezeichnen, führt allgemeine Anklagen auf, die von den erbitterten Volksmassen erfasst und im Sinne der Schmähungen und Lügen, mit welchen die chauvinistische Presse das Volk vergiftet und daselbst zum Nationalitätenkampf aufgehet, verstanden werden, sehr traurige und weitgehende Folgen haben können.

Mit diesem leichtfertigen und unvorsichtigen Aufruf klagt die Regierung sich selbst an.

Sie verflucht der Welt eine Gefahr, die das Dasein des polnischen Staates bedroht und damit ist sie erschrocken und untergräbt das Vertrauen zum polnischen Reiche und seiner Politik im Ausland. Die Regierung soll nicht ohne Grund Anklagen erheben. Sie soll nicht hohl Schuldige suchen, wo keine Schuldigen sind. Erst wenn sie ihre verderblichen Parteipolitiken und ihren Chauvinismus aufgibt, wird sie sich Vertrauen nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande erwerben. Das muß der erste entscheidende Schritt sein, ohne den von einer Verbesserung unserer beklagenswerten wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse nicht die Rede sein kann.

Diese Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung halten wir für unfähig, diesen grundlegenden Schritt zu tun, und darum können wir ihr kein Vertrauen aussprechen.

In der Sejmung vom 17. stand u. a. auch der Dringlichkeitsantrag der Abg. Dąbko, R. amann und der übrigen Abgeordneten der Deutschen Vereinigung u. Gen. betr. Anwendung des Art. 4 des Minderheitenschutzvertrages auf der Tagesordnung.

Der Antrag wurde durch den Abgeordneten Dąbko begründet, der u. a. folgendes ausführte:

„Bekanntlich“ hat der Völkerbund am 27. 9. d. J. die Auffassung des internationalen Schiedsgerichts in Haag über die Bedeutung des Art. 4 des Minderheitenschutzvertrages sich vollständig zu eigen gemacht. Nach den Ausführungen des Schiedsgerichts befaßt Art. 4, daß jeder das polnische Staatsbürgerrecht erworben hat, der von Eltern geboren ist, die zur Zeit seiner Geburt innerhalb der Grenzen des heutigen Polens ihren ständigen Wohnsitz hatten. Die Wortfassung sei so klar, daß jede andere Deutung als Abänderung, nicht aber als eine Auslegung der Vertragsbestimmung zu betrachten sei. Unsere Behörden interpretierten den Art. 4 des obigen Vertrags auf diese Weise, daß sie den Beweis dafür forderten, daß die Eltern dieser Personen in der Zeit vom 1. Januar 1908 bis zum 10. Januar 1920 in Polen lebten und dort ihren ständigen Wohnsitz hatten. Daß solche Interpretation nicht dem Sinne des Art. 4 entspricht, erkennt auch ein nicht Rechtsgelahrter. Wie können z. B. die Eltern einer solchen Person leben, die selbst schon das bürgerliche Alter erreicht hat, d. h. 70—80 Jahre? Das Gesetz über das polnische Staatsbürgerrecht vom 20. Januar 1920 befaßt ferner in Art. 4 Nr. 1, daß man das polnische Staatsbürgerrecht durch die Geburt in Polen erwirbt.

Trotz dieser Entscheidung fahren die Behörden fort, den jenen Bestimmungen genügenden deutschstämmigen Einwohnern das polnische Staatsbürgerrecht abzuspüren, um die Liquidation ihrer Güter durchzuführen oder um andere Zwecke zu verfolgen. Der Minderheitenschutzvertrag steht einem polnischen Gesetze gleich. Kein Gesetz, keine Verordnung und auch keine Anordnung unserer Behörden darf diesem Vertrag zuwiderlaufen.

Nedner ersuchte zum Schluß um die Anerkennung der Dringlichkeit der Interpellation und beantragte beim Hause den Beschluß, die Regierung möge unverzüglich Weisung an alle in Betracht kommenden Behörden herausgeben, die die Beachtung der Entscheidung des Völkerbundes über Art. 4 des Minderheitenschutzvertrages sicherstellt.

Für die Dringlichkeit des Antrages stimmten die Minderheiten geschlossen und auch die gesamte polnisch-sozialistische Partei (P. P. S.). Allen anderen Parteien fehlte das Verständnis dafür, daß sie durch die Ablehnung der Dringlichkeit die jetzt herrschende Willkür in Staatsangehörigkeitsfragen billigten und dadurch den internationalen Kredit des Staates erneut herabsetzten. Der Antrag geht nunmehr als gewöhnlicher Antrag in der Rechtsansicht.

## Die polnische Freiheitsorganisation gegen die Regierung.

Vorgestern fand, polnischen Blättern zufolge, in Warschau eine von der polnischen Freiheitsorganisation (P. O. W.) einberufene Versammlung statt. Den Vorsitz führte Senator Nowicki. Es sprachen folgende Herren: Holuwa, die Abgeordneten Dombiński, Nlebiałowski, Nlebiański und Senator Wojnicki. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der festgesetzt wird, daß die gegenwärtige Regierung das Chaos und die Desorganisation auf allen Gebieten des staatlichen Lebens vergrößern, daß sie im freien Polen die Würde des Menschen der Arbeit herabsetzt. Die Linksparteien des Sejms werden angesichts dessen aufgefordert, diese Regierung mit parlamentarischen Mitteln so schnell wie möglich zu stürzen. Nach Schluß der Versammlung bildete sich ein Umzug, welcher durch die Marschallkassa, Agoda, Spitalna und Warecka zog und Rufe gegen die Regierung sowie Hochrufe auf Pilsudski ausbrachte.

## Eine polnische Fälschung.

Die „Frankfurter Zeitung“ brachte vor einiger Zeit einen Leitartikel unter der Überschrift: „Das Polentum in Deutschland“. Unsere Leser haben diesen interessanten Artikel aus der Nr. 119 der „Freien Presse“ kennen gelernt. Daß auch die polnische Presse ihm Aufmerksamkeit geschenkt hat, nimmt angesichts des herrschenden Gegenstandes nicht Wunder. Bezeichnend jedoch für die Gesinnung vieler polnischer Zeitungsredakteure ist die Tatsache, daß die „Rzeczpospolita“, die den Aufsatz der „Fr. Ztg.“ auszugeweiht veröffentlicht, es für nötig fand, den Wortlaut desselben zu fälschen. So heißt es z. B. in der „Frankfurter Zeitung“: „Das Ziel müsse sein, den ganzen polnischen Export durch polnische Hände zu leiten und den ganzen Handel im Osten, soweit er von Polen kommt, vom dem Polentum in Deutschland abhängig zu machen. Auf diese Weise erreiche man auch den erforderlichen Einfluß auf weitere deutsche Bevölkerungsgruppen. Erst wenn die Bevölkerung zu der Erkenntnis komme, daß von Polen Speis und Brot, aber von Deutschland Steuern und Not kämen, erst dann werde die Frucht der Reife gelangen.“

Die „Rzeczpospolita“ jedoch schreibt: „Die polnische Kaufmannschaft in Deutschland ist bemüht, die Ausfuhr polnischer Lebensmittel in polnische Hände zu leiten, um ihren in großer Lebensmittelnot befindlichen Volksgenossen zu helfen. Das Blatt stellt fest, daß die Aktion der polnischen Kaufmannschaft unter der deutschen Bevölkerung die Überzeugung geschaffen hat, in Polen herrsche Wohlstand und Zufriedenheit, in Deutschland dagegen Not, und daß diese Überzeugung die Achtung der Bevölkerung gegenüber den Behörden keinesfalls in günstigem Sinne beeinflussen.“ — Und spottet ihrer selbst!

In Danzig ulmt die Arbeitslosigkeit mit jedem Tage zu. Zurzeit beträgt die Zahl der Erwerbslosen 55 000.

Wie aus Paris gemeldet wird, hatte Poincaré eine längere Besprechung mit dem Präsidenten Maginot und Beneš.



## Eine französische Note an die Auslandsstaaten.

Die Erwiderung Poincarés auf die Erklärung des deutschen Reichstages.

Paris, 19. Oktober. (Nat.) Die an die Auslandsstaaten gerichtete französische Note stellt den deutschen Reichstag über die Unterbrechung Poincarés mit dem deutschen Geschäftsträger in Paris als ungenau und tendenziös hin. In der französischen Note wird bemerkt, Poincaré habe gegenüber dem deutschen Geschäftsträger erklärt, daß im gegenwärtigen Augenblick die Einstellung des passiven Widerstandes noch nicht vollständig sei. Ebenso habe Poincaré hervorgehoben, daß die Erklärung der deutschen Regierung, wonach sie die Zahlungen für die Sachleistungen nicht mehr fortsetzen werde, unzulässig und den Beschlüssen der Reparationskommission zum Verstoß sei. Deutschland, sagte Poincaré hinzu, müßte seine Sachleistungen und Zahlungen wieder aufnehmen, ebenso die Lage, wie sie vor dem 11. Januar war, wiederherstellen, und erst dann werde es der Reparationskommission seine Pläne vorlegen können.

Berlin, 19. Oktober. (Nat.) Die Reichsregierung bekräftigte sich gestern mit der Antwort Poincarés. Den Vorschlag zufolge verbleibt die deutsche Regierung bei ihrem Standpunkt, wie sie ihn in den dem deutschen Geschäftsträger in Paris erteilten Instruktionen zum Ausdruck gebracht hat.

Paris, 18. Oktober. (Nat.) Bei Besprechung der Einzelheiten des Besuchs des deutschen Geschäftsträgers hebt die Presse hervor, daß ihr eine größere Bedeutung in bezug auf seine Tendenz, als auf die abgegebene Erklärung zukomme. Im gegebenen Augenblick werde es ausschließlich vom Reichstager abhängen, daß die Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis geführt werden.

## Die Spannung in Deutschland wächst.

Berlin, 19. Oktober. (A. B.) Die innerpolitische Lage Deutschlands verschärft sich. Innerhalb der Sozialisten droht eine Spaltung einzutreten. Die bezügliche Entscheidung wird auf dem am Sonntag stattfindenden Kongress dieser Partei fallen. Die größte Gefahr bildet die Lage in Sachsen. Der rechte Flügel der Sozialisten scheint sich mit dem sächsischen Ministerpräsidenten nicht solidarifizieren zu wollen.

Berlin, 19. Oktober. (Nat.) Reichspräsident Ebert hat den Antrag der Sozialisten zur Aufhebung des Belagerungszustandes abgelehnt.

Berlin, 19. Oktober. (Nat.) Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: Heute vormittag fand beim Reichspräsidenten eine Konferenz in der sächsischen Frage statt, an der u. a. der Reichstager, sowie der Reichswehr- und Innenminister teilnahmen. In den nächsten Tagen sollen einige Bataillone Reichswehr nach Westfalen entsandt werden, um die durch die Terrorakte der Kommunisten verursachte Bevölkerung wieder zu beruhigen.

Dresden, 19. Oktober. (Nat.) General Müller hat auf die Ausführung seiner Absicht, die Auflösung der parlamentarischen Handwörter betreuend, verzichtet. Es kam zu mehreren großen Zusammenstößen.

Dresden, 19. Oktober. (Nat.) Die Empörung über die politischen Ereignisse hat in Sachsen ihren Höhepunkt erreicht. Gestern Abend und heute wurden auf dem Schloßplatz Demonstrationen veranstaltet. Vertikale Polizei muß einschreiten. Die Kundgebungen hielten bis Mittag an.

Berlin, 19. Oktober. (Nat.) Die nächste Plenarsitzung des Reichstages wird am Freitag, den 26. d. M. stattfinden.

## Konflikt zwischen Bayern und Sachsen.

München, 18. Oktober. (Nat.) Die bayrische Regierung hat die sächsischen davon in Kenntnis gesetzt, daß sie ihren Gesandten in Sachsen, Träger, abberufen und gleichzeitig den sächsischen Gesandten in Bayern, Dylembowski, seines Amtes entsetzt. Der bayrische Außenminister hat erklärt, daß der Posten des bayrischen Gesandten in Sachsen solange nicht besetzt werden könne, solange die kommunistische Partei in der sächsischen Regierung vertreten sei.

## Die Not im Reich.

Wien, 19. Oktober. (Nat.) Die „Neue Fr. Presse“ berichtet aus Berlin: Der bekümmerte Verfall der deutschen Mark hat eine Vergrößerung der Banknotenproduktion veranlaßt. Im Laufe des gestrigen Tages wurden 10 Millionen Mark herausgegeben. Die Bank bringt bereits Banknoten im Betrage von 50 Milliarden in Umlauf und nach einigen Tagen sollen solche von 100 Milliarden zur Ausgabe gelangen.

Berlin, 19. Oktober. (Nat.) Wie die Blätter berichten, ist heute ein Streik der vereidigten Postenmänner ausgebrochen.

Berlin, 19. Oktober. (Nat.) Von morgen ab wird ein Brot 1 Milliarde, eine Semmel 10 Millionen und eine Straßenbahnfahrt 100 Millionen Mark kosten.

## Sowjetrussische Vorbereitungen.

Aus Helsinki wird gemeldet: In Rußland bereitet man sich mit großer Eile auf einen Umsturz in Deutschland vor. Zu diesem Zweck werden die Streitkräfte an der Grenze vergrößert, so z. B. in der Ukraine, an der polnischen Grenze durch Einstellung dreier neuer Infanteriedivisionen. Noch Minsk sind eine neue Kavallerie- und zwei Infanterie-Divisionen übergeführt worden und im Petersburger Militärbezirk werden die sibirischen Schützenbrigaden vergrößert. Es soll in Moskau beschlossene Sache sein, auf die erste Aufforderung hin den deutschen Kommunisten zu Hilfe zu eilen. In diesem Falle würde sich Sowjet-Rußland mit einem Ultimatum an Deutschland und Polen wenden, enthaltend die Forderung freier Passage für die russischen Truppen. Die an der russischen Westgrenze stehenden Truppen sind vorwiegend ausgerüstet und stellen als absolut zuverlässig. Die Ereignisse in Deutschland werden in Moskau mit großem Interesse verfolgt.

## Galwanaußas über das Ergebnis seiner Reise.

Kowno, 19. Oktober. (Nat.) Der litauische Ministerpräsident Galwanaußas erklärte in einer Unterredung, daß der bedeutendste Erfolg seiner Reise nach Rußland darin bestehe, daß die Vertreter der baltischen Staaten ihr Einverständnis zur Einberufung einer gemeinsamen Konferenz gaben, in der die Angelegenheit einer Annäherung der baltischen Staaten zueinander besprochen werden soll.

## Parlamentsnachrichten.

### Das Mandat des Abg. Jastinski für ungültig erklärt.

Warschau, 19. Oktober. (Nat.) Der Oberste Gerichtshof hat das Mandat des Sejmabgeordneten Jastinski (Uast) für ungültig erklärt, da er während seiner Kandidatur für den Sejm als Staatsbeamter tätig war. An Stelle des genannten Abgeordneten zieht der Landwirt R. Zwolinski in den Sejm ein.

## Lokales.

Sobya, den 20. Oktober 1923.

### Der Ministerbesuch.

Um 1/2 9 Uhr Abends fand gestern im Hotel Manterffel ein von der Stadt zu Ehren der Gäste gegebenes Festessen statt, zu dem sich Vertreter der Regierungskreise, des Magistrats und der Industrie einfinden hatten.

Sie bekräftigte der Handels- und Industrieminister Sadowitski einige Industrieunternehmen in Joloz, am Montag dagegen weitere Sobyer Fabriken, während der Arbeitsminister in der städtischen Abteilung für soziale Fürsorge eine Inspektion vornahm und dann die Konferenzen mit den Arbeitervertretern fortsetzte.

pap. Um 10 Uhr vormittags traf der außerordentliche Kommissar zur Bekämpfung der Drogen Bajda

in Sobya ein, der eine Konferenz in der Angelegenheit der Lebensmittelversorgung der Stadt Sobya abhielt. An dieser Konferenz nahmen teil: Arbeitsminister Smulski, der Wojewode Rembowski, Wojewode Sadowitski, Regierungskommissar Sycki, Vizepräsident Grogowski, der Chef der Verwaltungsabteilung S. Tulecki, Direktor Sauterbach, Dr. Grabowski und Schiffe Muszynski.

bip. Auf der gestern auf Anregung des außerordentlichen Drogenkommissars Bajda in der Angelegenheit der Lebensmittelversorgung der Stadt Sobya stattgefundenen Konferenz ergriff u. a. Magistratschef Muszynski das Wort, welcher vor allen Dingen auf die mangelhafte Rohstoffversorgung hinwies und den Drogenkommissar aufforderte, in dieser Angelegenheit Schritte zu unternehmen, damit die Versorgung von Sobya angesichts des nahenden Winters nicht ohne das nötige Brennmaterial bleibe. Des weiteren kommen die Vertreter des Magistrats auf die Zuckerfrage zu sprechen. Die Zuckerakise, die bisher 2800 Mark pro Rilo betragen habe, sei jetzt auf 40 000 Mark erhöht worden. Soll die Versorgung der Bevölkerung mit Zucker keine Unterbrechung erfahren, so muß die Frage der Zuckerakise in der Weise geregelt werden, wie dies 1921 geschah, wo die Sobyer Finanzbehörden den Zucker erhielten und der Magistrat in Zellen die Akise entrichtete.

Hierauf erwiderte Herr Bajda, daß er in der Angelegenheit der Rohstoffversorgung die Sowjetische Rohstoffgesellschaft zu bewegen suchen werde, den Vertrag betreffs der Bankgarantien aufrechtzuerhalten. Was die Zuckerfrage betrifft, so begt Herr Bajda Zweifel darüber, ob die Regierung das Projekt des Magistrats annehmen werde. Doch würden gewisse Bergünstigungen gewährt werden. Herr Bajda machte dem Magistrat den Vorschlag, an das Finanzministerium eine Denkschrift in dieser Angelegenheit zu richten.

Zwölf Sobyer Berühmtheiten. Der „Gyres Wieczorny“ hat unter seinen Lesern eine Umfrage veranstaltet über die zwölf berühmtesten Männer von Sobya. Das Ergebnis war, daß folgende Herren die meisten Stimmen erhielten: Senator Dr. Kociński, Schulmann, der ehemalige Stadtpräsident Rembowski, der Kunstmaler Szył, der Sobyer Starost Remiszewski, der Arzt Dr. Sterling, Julian Dzwim, der Rechtsanwalt Piotr Kon, der sozialistische Stadtverordnete Kapalski, der Industrielle Eduard Heimann, der Fabrikant Gyll, der Wojewodschafs Konservator Prof. Raci-borski, der Regierungskommissar Jacek.

pap. Der Kampf mit der Drogen. Wegen Verkauf von Lebensmitteln zur übermäßig hohen Preisen wurden zur Verantwortung gezogen: Josef Gorkiel (Kieprawa 19), Mordka Chil Bismstein (Olawa 65), Wojciecha Pluta (Alexandrowska 34), Israel Ummer.

Weiß nicht, woher ich bin gekommen,  
Weiß nicht, wohin ich werd' genommen;  
Doch weiß ich fest, daß ob' mir ist  
Eine Liebe, die mich nicht vergißt.

Justinus Kerner.

## Stolze Herzen.

Roman von Fr. Lehne.

(15. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Sein Gefühl sagte ihm „nein!“ Nur der Liebe Not ließ sie so sein — und er trug die Schuld daran! Beim Aussteigen überfah Jabella seine helfende Hand. Hochmütig blickte sie an ihm vorbei und sprang aus dem Wagen.

Mein lieber Klaus!

Weißt Du auch, daß Du mich sehr betrübt hast? Mehr, als ich Dir sagen kann! Anfanglich wollte ich Dir gar nicht schreiben, doch Du weißt, was mich drückt, das muß herunter vom Herzen!

Du verlobst Dich ganz überraschend am Sonntag mit Ellen, wir sind den ganzen Tag beisammen und trotzdem kommt gegen die Schwester kein Wort davon über deine Lippen! Muß ich mich da nicht gekränkt fühlen? Gelte ich denn gar nichts mehr? Dieser Mangel an Vertrauen hat mir bittere Tränen erpreßt. Und erstaunt war ich auch, denn nie habe ich bemerkt, daß Dir Ellen teuer sei und nun diese plötzliche Verlobung! Ich habe hin und her gefaselt und nach dem Grunde gesucht. So lieb ich unsere Kusine habe, halte ich sie doch nicht für die Frau, die ich mir für meinen Bruder geträumt hätte.

Und mich hast du dadurch heimatlos gemacht, Klaus! Denn niemals werde ich auf Althof mit Euch leben, als störende Dritte in Eurer Ehe.

Klaus, wenn ich nicht annehmen müßte, daß Du Dir selbst nicht Rechenschaft abzugeben wagst — so könnte ich Dir niemals wieder ein gutes Wort gönnen!

Oder hat Ellen sich über ihre Mutter beklagt, so daß Du, von Mitleid getrieben, ihr eine Zukunft bei uns auf Althof anbietest?

Ellen strahlt vor Glück. Sie war rührend, als sie es mir sagte, doch ich habe vor Aufregung während der ganzen Nacht nicht schlafen können; ich habe gegrübelt und nachgedacht: warum nur, warum?

Trotzdem wünsche ich Dir von Herzen Glück, lieber Klaus! Daß jeder meiner Gedanken ein guter Wunsch für Dich ist!

Heute mittag bekam ich inliegenden Brief von James Löffbecke. Die Antwort darauf geht zugleich mit diesem Brief ab. Daß er mich noch einmal in die unangenehme Lage bringen mußte, ihn abzuweisen!

Bitte, grüße Herrn und Fräulein Wohrmann von mir. Tausend Grüße von

Deiner Schwester Ruth.

Klaus lächelte schmerzlich, als er diesen Brief las. Er sah Ruth vor sich, wie sie mit heißen Wangen am Tisch saß und schrieb. Ja, sie hatte recht, ihm Vorwürfe zu machen, er war nicht aufrichtig gegen sie gewesen. Aber lieber diesen Vorwurf ertragen, als ihre großen, erstaunten, forschenden Blicke.

Zum ersten Male in seinem Leben war er feige gewesen!

Er las Löffbeckes Brief und war doch ein wenig gerührt, als er las, in welcher zartfühlender Weise er Ruth sein Herz, seinen Besitz anbot. Wie mußte er sie lieben!

Noch am gleichen Tage schrieb er an die Schwester: Meine liebe Ruth!

Geduldig nehme ich Deine Vorwürfe hin, denn Du hast Recht, liebe Schwester, ich war nicht offen gegen Dich. Da ich aber mein Unrecht einsehe und Dich recht herzlich um Verzeihung bitte, trägst Du mir nichts mehr nach, nicht wahr?

Ich habe gefunden, daß Ellen eine Frau ist, wie ich sie für Althof brauche. Sie ist mir sehr wert und hat viele lobenswerte Eigenschaften. Eine Frau mit großen Ansprüchen konnte ich nicht erhalten, und nur nach Geld zu heiraten, widerstrebt mir. Ein reiches Mädchen würde sich in die Althofer Verhältnisse nicht schicken; ohne Hausfrau kann ich aber dort nicht sein!

Leicht werde ich es nicht haben, Ruth. Weshalb betrübst Du mich noch mehr dadurch, daß Du nicht bei uns bleiben willst? Althof ist Deine Heimat — Du würdest an Ellen — und sie an Dir — eine liebe Gefährtin in der ländlichen Winterstille haben. Und nun willst Du ein Zusammensein mit uns vermeiden?

Nein, Ruth, als Dein Vormund habe ich über Dich zu bestimmen. Du bleibst also bei mir, bis Du Dich verheiratest!

Löffbecke tut mir leid — in einer Hinsicht — doch Du hast richtig gehandelt. Keiner wäre mir als Schwager weniger lieb.

Fräulein Krüger ist heute morgen abgereist. Vorerst nach Elberfeld, dann soll es nach Oden degehen.

Wohrmanns lassen Dich und Ellen herzlich grüßen und erwarten Euch bestimmt am nächsten Sonntag.

Nicht wahr, liebe Ruth, zwischen uns bleibt alles beim Alten?

In Liebe

Dein Klaus.

(Fortsetzung folgt).



Von der Staatslotterie. Das Finanzministerium hat die Generaldirektion der Staatslotterie ermäch-

hip Feuer. In der Trocknstraße der Fabrik  
Bura in Agiers brach Feuer aus, das von der Agiers  
Feuerwehr bald gelöscht wurde. — In Laletunst brach  
im Besitze des in der Holz, Petrisauer Straße 15, wohn-  
haften Alexander Miller Feuer aus. Ein Wohnhaus  
sowie Stallungen brannten vollständig nieder.

**Bzging.** Die Brandfadel in Brzeging  
In erschreckender Weise häufen sich in Brzeging die Feuer-  
ausbrüche. Mit Getreide gefüllte Scheunen fallen thur-  
zum Noth. Es ist zweifellos, daß die Brände durch Ver-  
brecherhand gestiftet werden, da sie systematisch und plan-  
mäßig erscheinen. Der Magistrat berief in dieser Ange-  
legenheit eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten-  
versammlung ein auf welcher beschloffen wurde, binnen  
3 Tagen eine Steuer zur Anschaffung der Feuerweh-  
rgeräte in der Höhe von 60—70 Millionen aufzubringen.  
Die Löschgeräte der Feuerwehr sind nämlich durch die  
letzten Brände unbrauchbar geworden und die Feuer-



Der amerikanische Arzt Dr. House hat ein Präparat entdeckt, durch dessen Anwendung Verbrecher gezwungen sind, in der Narkose die Wahrheit zu sagen.



## Dornen und Disteln.

Also: die Deutschen sind schuld an dem Explo-  
sion in Warschau!  
Nicht möglich! ...  
Aber gewiß! Vater Schwarz hat doch das Pulver  
erfunden!

In Kallisch wird ein großes Staats-Gymnasium ge-  
baut. Zu einem Bau gehört bekanntlich auch die Lieferung  
von Fensterplätzen. Das Natürlichste wäre gewesen, die  
Gastlieferung an eine der in Polen vorhandenen Glas-  
fabriken zu vergeben. Da das aber, wie gesagt, das  
Selbstverständliche gewesen wäre, handelten die den Bau  
leitenden Bürokraten anders und lassen das Glas durch  
eine — Kohlenhandlung liefern!  
Daß diese unglückliche Vermittlung dem Staat manche  
Million kostet, tut nichts. Der Staat ist ja reich, nicht  
wahr?

In polnischen Blättern finden wir den nachstehenden  
offenen Brief eines Thorner Bürgers an den Finanzmin-  
ister:

Auf Grund der Verordnungen über die Einkommen-  
steuer habe ich mein Einkommen für das erste Halbjahr  
1928 mit 35 Millionen Mark angegeben, was nach dem  
Durchschnittsstand der Werten in den einzelnen Monaten  
gerechnet ungefähr 4000 Schweizerfranken ausmacht. Ich  
war also darauf gefaßt, eine Einkommensteuer in Höhe von  
120 schw. Franken nach dem Tageskurs, an welchem die  
Steuer erhoben wird, zu bezahlen. Die Regierung hat uns  
die Möglichkeit gegeben, durch Ankauf von Staatsanleihen  
die Gehälter vor der Geldentwertung zu schützen, ähnlich  
wie sich der Industrielle, der Kaufmann oder auch der  
Landmann durch Ankauf von Waren vor der Geldentwer-  
tung schützt.

Nun erhielt ich am 6. d. M. die Aufforderung, für  
das erste Halbjahr 1928 die Steuer in Höhe von 870 000  
Mark, was bar in drei (1) Raten, zu entrichten. Demnach  
habe ich nur noch den ersten Teil der Steuer zu zahlen,  
welche dem Staat nach dem vom Sejm angenommenen  
Gesetz rückwärtig zukommt. Wenn ich nun die Bezahlung  
meiner Schuld dem Staat gegenüber bis nach den 10. De-  
zember verschiebe, wodurch ich allerdings zur Strafe für  
die Verzögerung meine Steuer um 10 Proz. erhöhe, so  
verlangt dann die Regierung von mir die Bezahlung einer  
Steuer, die dem Preis einer Semmel entspricht anstatt

mit einer Steuer von 120 schw. Franken = 400 Laib  
Brot abzufordern.

Kann angesichts der Anwendung solcher Praktiken  
irgendwann eine Verbesserung der polnischen Staatssanzen  
und eine Aufhebung der Markentwertung eintreten?

Herr Minister! Den Arbeitern und Beamten wird  
diese Steuer wöchentlich oder monatlich in gutem Ge-  
gehoß, beileiden Sie auch uns, die den freien Deuten  
Ang hörenden, obwohl unser Verdienst jetzt auch kleiner ist  
als vor dem Kriege, nicht und schädigen Sie den Staat  
nicht, indem Sie uns ein Almosen abverlangen.

Dr. med. Wojciech Jacobson.

Soweit der „Offene Brief“. Es ist wenig Wahr-  
scheinlich, daß die Regierung ihn beherzigen  
wird. Se sieht es vor, die Schuld an dem Rückgang des  
Markkurses den Umläufen der inneren „Feinde des  
Staates“ zuzuschreiben (siehe den Aufruf anlässlich der War-  
sauer Explosion!).

A. K.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt und den Verlag:  
Hauptgeschäftsführer Adolf Kargel. — Druck und Verlag:  
„Libertas“ Verlagsgesellschaft m. b. H.



### Lodzer Musikverein „Stella“

Am 18. Oktober d. J., um 2 Uhr nachm.,  
verschied unser Gründungs-Mitglied, Herr

### Robert Jeschke

In dem Verstorbenen verlieren wir ein eifri-  
ges Mitglied unseres Vereins. — Sein Andenken  
werden wir stets in Ehren halten.

Der Vorstand.

Die Herren aktiven und passiven Mitglieder werden ersucht, pünktlich  
um 2 Uhr nachmittags, an der Beerdigung von der St. Trinitatis-Kirche  
teilzunehmen 3128

### Herren-Schneider

nimmt Bestellungen sowie  
Ausbesserungen zu mäßig-  
en Preisen entgegen.

Cytkiewicz

Główna 34.

Gute Bedienung.

### Kunst-Weberei.

Es werden in Garderoben-  
Baren, Sweaters, Garbi-  
nen, Teppiche und Kilims  
aller Art unerleant-  
bar verwebt.

Jetzt Petrikauer 92,  
im Hofe Parterre.

## Kunstmöbelfabrik Hanja

Danzig

Herrenzimmer  
Speisezimmer  
Schlafzimmer

Bureaumöbel \* Klubgarnituren

Telephon 1895 \* Telephon 5712

### Spezialfabrik für elegante Möbel

Eigene Werkstätten für Bildhauer-, Drechsler- und Polsterarbeiten

Ausstellungsräume Danzig, Breitgasse 53.

2951

### Sie sparen De. Winterkredit. Sie sparen

Trotz der steigenden Tendenz können Sie bei  
uns die neuesten Sachen in Damen- Herren- u.  
Kindergarderoben, Manufakturwaren sowie  
Schuhwaren in größter Auswahl, in

Bar und Ratenzahlung

zu alten Preisen bekommen.

WYGODA Petrikauer 238

Bemerkung: Bestellungen werden in den eigenen  
Werkstätten binnen 4 Tagen ausgeführt. (Zustellen be-  
stehen wir nicht.) 3015

### Dr. med. BRAUN,

Spezialarzt für  
Haut-, venerische und  
Gonorrhoeerkrankheiten  
Poludniowa 23  
Empf. v. 8-10, 1-2 und  
von 4-8. 2934

### Zurückgekehrt

### Dr. Prybulski

Haut-, Haar-, venerische u.  
Gonorrhoeerkrankheiten. Be-  
handlung mit Quarzlicht  
(Quarzstrahl) u. Röntgen-  
strahlen, Elektrisation u.  
Massage. Von 9-1 u. 4-8  
für Damen von 4-5 Uhr.  
Zawadzka Nr. 1. 2903

Der erteilt jungem

Unterriecht

im Eisenbetonbau, gest.  
Off. unter „S. M.“ an die  
Geschäftsst. d. St. 2125

### Ingenieur

ledig, sucht ein möbliertes  
Zimmer bei intelligenten  
Familie. Preis Nebensache!  
Off. unter „M. B.“ an die  
Geschäftsst. d. St. 2125

### Chauffeur-Mechaniker

(Langer)  
30 Jahre alt, verh., poln.  
Staatsangehöriger, sucht  
sofort Stellung.  
Zustchriften sub: „M. B.“ —  
1371 an Rudolf Mosse,  
Warschau, Marszałkowska  
Str. 124. 3139

Poln. mit hohem  
Schulbildung  
die auch die deutsche Spra-  
che vollständig beherrscht,  
erteilt deutschen Schülern  
den Nachhülfsunterricht in  
polnischer Sprache (auch  
gruppenweise) zu sehr mäs-  
sigen Preisen. Off. unter  
„H. R.“ an die Geschäftsst.  
dieses Blattes. 331

### Stübe d. Hausfrau

zum sofortigen Antritt  
gesucht. Dienstadt 32,  
W. 2, tagl. z. 3-5 Uhr.  
3123

Möbel für: Wohn-  
schlaf- u. Kinderzim-  
mer, Kücheneinrichtung,  
sowie ein Kleiderkoffer, gut  
erhalten, zu kaufen gesucht.  
Kaufstr. 17, Wohnung 4,  
bei Markt. 3127

### Versteht älterer

### Hersch. Diener

am 15. Nov. her  
Stellung. Gest. Zulchr.  
unter „M. B.“ — 1369 an  
Rudolf Mosse, Warschau,  
Marszałkowska 124. 2140

### Verkaufe:

eine Kredenz, vertäfelte,  
Lisch Stühle, Schreibtisch,  
Spiegel, Schrank, Kleider-  
schrank, Kleiderhaken 189,  
Wohnung 9. 3138

### St. Trinitatis-Kirche

Am Donnerstag, d. 18. Okt.  
verschied nach kurzem schweren  
Leiden unser passives Mitglied,  
Herr

### Robert Jeschke

Im Alter von 60 Jahren.  
In dem Verstorbenen verlieren wir eines der  
treuesten Mitglieder unseres Vereins, dessen Andenken  
wir stets in Ehren halten werden.  
Die Herren aktiven und passiven Mitglieder wer-  
den höflichst ersucht, an der Sonnabend nachmittags  
3 Uhr von der St. Trinitatis-Kirche aus auf dem  
evangelischen Friedhofe stattfindenden Beerdigung  
recht zahlreich teilzunehmen.

Der Vorstand.

Arbeiter für

### Lumpenlager,

der Ballen nachpacken, leihen und schreiben kann, per  
sofort gesucht. Wo, sagt die Geschäftsst. d. St. 2144

Christ, 80 Jahre, mit Buchführung und Maschinenrei-  
ben vertraut, d. deutschen u. polnischen Sprache mächtig.

### Sucht ab sofort Stellung

im Büro, als Kassistent oder Stadtschreiber. Gefällige  
Zustchriften unter „A. 25.“ an die Geschäftsst. d. St. 2108

Erfahrener älterer

### Bürovorsteher-

### Korrespondent

mit Hochschulbildung, prima Referenzen, deutsch,  
russisch, polnisch, englisch und französisch.

### Sucht ab sofort Stellung

in solider Firma hier oder auswärts. Off. rufen  
unter „Dolla a month“ in der Geschäftsst. der  
Freie Presse 2949

### Saal der Philharmonie.

Morgen, Sonntag,  
den 21. Oktober, um 4 Uhr nachm.

### Nachmittags-Konzert.

Das Programm stellt aus:

### Wiktoria KAWECKA

die berühmte Sängerin der Warschauer Oper  
mit Beteiligung

### S. METAXIAN'S

Künstler der Warschauer Oper.

Im Programm:

I. Teil: Wagner: „Lied zu den Sternen“,  
aus der Op. „Lohengrin“. Kathewarow:  
„Sittlich“. Lied: Schubert: „Auf Wiedersehen“.   
Lotti: Romanze. Lehar: „Arie aus der Oper“   
Zigeunerliebe. Niewiadomski: „Offene Johann“   
u. a. II. Teil: S. Metaxian in seinem Re-   
pertoire mit eigener Gitarren-Begleitung. Wiktoria   
Kawicka im eigenem Repertoire mit   
Selbstbegleitung. 3142

Billets a 30 — 120.000. — an der Kasse der  
Philharmonie tagl. v. 10-1 u. 3-7 Uhr ab.

## Strickerinnen

per sofort gesucht. Orlastr. 11, bei Saff. 3124

### GO-PODY

w starszym wieku, znająca się dobrze na  
kuchni, do samotnego pana poszukiwana.  
Otrzyma oddzielny pokój. Świadczenia  
i referencje niebędne. Zgłaszać się:  
KRAUZE & WAGNER, Przejazd 40, między  
5-6-tą po południu. 311

## ZIRKUS CINISELLI.

Heute 2 Vorstellungen  
Lajos RIGO mit neuem  
Repertoire.

FRIKO und AMORS nicht endende Laßaloe. Neues Repertoire und  
viele andere herrliche Zirkus-Attraktionen.

um 4 Uhr nachm. Programm  
und 8.30 Uhr ab. Nr. 3.

THE KAYS Tanz-Duo mit  
neuen Tänzen.

Am Montag u. Donnerstag ermäßigte Preise.

Neues Programm! Neues Repertoire! Auf Wunsch des Publikums

Englisch-arabisches Pferd „Soliman“ — höhere Rennqual. Dir. A. Cinielli.

Die Tramverbindung in der Richtung Włocławek und  
Gęsinie ausgespart. 3109



## „Das Mädchen aus dem Lande der Stürme“

Großes Drama in 7 Akten.  
In der Hauptrolle der amerik. Filmstern

VIRGINIA VALLI.

3124





Tiefbetrübt teilen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß unsere geliebte Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante, Frau

## Auguste Siller geb. Drose

in der Nacht von Donnerstag auf Freitag nach kurzem, schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung der teuren Entschlafenen findet am Sonntag, den 21. Oktober 1/23 Uhr nachmittags vom Trauerhause, Wölzarska 78 aus, auf dem alten evangelischen Friedhofe statt.

3129

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gott, der Allmächtige, hat in Seinem unerforschlichen aber allezeit weisen Rat/schluß nach kurzem schweren Leiden den

Kirchenvorsteher

## Robert Jeschke

im Alter von 60 Jahren in ein besseres Jenseits abgerufen. Wir verlieren in dem Entschlafenen einen lieben, pflichtbewußten Mitarbeiter, dem das Wohl der Gemeinde stets warm am Herzen lag. — Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

„Ich weiß deine Werke, deine Arbeit und deine Geduld“. Offb. Joh. 2, 2a.

3182

Die Pastoren und das Kirchenkollegium der St. Trinitatis-Gemeinde.

### Nachruf.

Am 18. Oktober a. c. verschied nach kurzem Leiden, Herr

## Robert Jeschke

Wir verlieren in dem Dahingeshiedenen einen langjährigen, gewissenhaften, fleißigen Mitarbeiter, dessen Verlust wir tief empfinden.

Sein Andenken werden wir dauernd in Ehren halten.

Er ruhe sanft.

3136

Die Verwaltung  
der Aktiengesellschaft K. Anstadt's Erben.

### Nachruf.

Am 18. Oktober 1923 verschied nach kurzem aber schwerem Leiden unser lieber Bürokollege, Herr

## Robert Jeschke

Wir verlieren in dem so unerwartet schnell aus diesem Leben in die Ewigkeit Abgerufenen einen wahren treuen Freund, welcher uns stets als leuchtendes Beispiel an Edelmüt, Wahrheitsliebe und unermüdlicher Arbeitsfreudigkeit voranging, dessen Verlust wir tief beklagen, und werden ihm ein unauslöschliches Andenken bewahren.

3136

Die Angestellten und Expedienten  
der Aktiengesellschaft K. Anstadt's Erben.